

2013: Liberalisierung des Post-Sektors

Während in Luxemburg die Aufschiebung der Liberalisierung des Post-Sektors bis ins Jahr 2013 mit Pauken und Trompeten gefeiert wird, fordert genau diese Liberalisierung heute schon in Deutschland die ersten Opfer. Die Pin Group AG, Deutschlands privates Post-Unternehmen, hat Ende November angekündigt etwa 900 Mitarbeiter entlassen und im Falle der Einführung eines Mindestlohnes von 9,80 € sogar das Insolvenz-Verfahren einleiten zu müssen. Der größte Aktionär der Pin Group AG, der Axel Springer Verlag, spricht im Zusammenhang mit dem Brief-Engagement von einem finanziellen Desaster. Wir in Luxemburg haben jetzt noch gut reden, denn 2013 ist ja noch lange!

Nach dem Motto: «Aufgeschoben, ist nicht aufgehoben!», sollten wir uns heute schon Gedanken machen, was etwa nach 2013 mit dem Post-Sektor und mit unserem Arbeits-Markt passiert! Jetzt schon können wir Erfahrungen bei unseren Nachbarn sammeln, und uns die Konsequenzen einer solchen Liberalisierung des Post-Sektor LIVE ansehen! Wir brauchen keine Computer-Simulationen mehr, welche uns vorrechnen was passiert wenn.... !

Da es heute noch keine feste Lohn-Regelung im Post-Sektor in Luxemburg gibt, kann jede private Firma nach 2013 ins Briefgeschäft einsteigen, und dies zu Dumping-Preisen, weil eben diese Firmen mit einem Hungerlohn entgelten. Kann man hier von sozialer Gerechtigkeit sprechen, oder vielleicht eher von Ausbeutung! Und wenn man sich dann am Mindest-Stundenlohn des Post-Sektors in Deutschland orientiert, habe ich ehrlich gesagt meine Zweifel ob irgend jemand Bock drauf hat für 9,80 € die Stunde bei jedem Wetter Briefe auszutragen.

Bei einer Gesamtfläche unseres Landes von rund 2.586 km², stellt sich sowieso die grundlegende Frage ob Luxemburg eine solche Liberalisierung braucht, oder ob dies eher einer Befürwortung des «cherry picking» gleichkommt. Während heutzutage die Luxemburger Post jedes Jahr einen Zuschuss in den Staatshaushalt gibt, wird in Zukunft der Staat tiefer in die Tasche greifen müssen um den «Service Universel» zu finanzieren. Dies wird natürlich dann wieder auf den Steuerzahler abgewälzt werden. In anderen Worten wird es dem Bürger nicht einfacher und bequemer gemacht, weil es wahrscheinlich das Postamt um die Ecke nicht mehr geben wird, sondern er muss auch noch die mit der Umstrukturierung des Post-Sektors verbundenen Mehrkosten mit tragen. Ich glaube in Zukunft werde ich mehr E-Mails verschicken !

Tom Kohner, Dudelange
www.tkohner.lu